

Der Mobilitätsdienst für Menschen mit einer Behinderung ist die Grundvoraussetzung für die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben vieler Betroffener und damit die Grundvoraussetzung für die Inklusion in die Gesellschaft.

Inklusion für Menschen mit Behinderung ist Menschenrecht, Ausgrenzen von Inklusion der Menschen mit Behinderung stellt eine Menschenrechtsverletzung dar!

In der Stadt Berlin lebten 2011 laut statistischem Bericht **345.414 Menschen** mit einer anerkannten Schwerstbehinderung. 2015 ist diese Zahl aus der demographischen Entwicklung heraus weiter gestiegen.

Aber diese Menschen spielen in der Stadt nur eine unbedeutende Rolle.

In Ihrer Antrittsrede sagte Sie, Michael Müller

„Die Inklusion ist unser Ziel ...“

Herr Müller, wann haben Sie vor, damit zu beginnen?

In weiteren Reden betonen Sie immer wieder

„Es ist wichtig, dass Berlin eine solidarische und gerechte Stadt ist.“

Herr Müller, wann gibt es Gerechtigkeit und Solidarität für uns Menschen mit einer Schwerstbehinderung?

Menschenrechte sind unteilbar, auch für Berlin gilt das Gesetz der UN-Rechtskonvention für Menschen mit Behinderung, ratifiziert durch Deutschland.

Es gibt in ganz Berlin nur 13 durch die Stadt Berlin finanzierte Mobilitätsprojekte, geführt durch verschiedene Wohlfahrtsverbände. Diese können den Mobilitätshilfedienst, natürlich gegen Bezahlung der Betroffenen, nach uns genannten Zahlen, in ganz Berlin nur für ca. 4.000 Menschen mit einer Behinderung sichern.

Ein Tropfen auf dem heißen Stein!

Auch der Behindertenbeirat des Bezirkes Treptow-Köpenick hat zur Kenntnis genommen, dass sich die Versorgung alter und behinderter Menschen durch den beabsichtigten Wegfall von JobCenter-Maßnahmen, insbesondere durch das Ausbleiben von Projekten für Mobilitätshilfe- und Behindertenbegleitdienste, dramatisch verschlechtert hat.

Dieser Schritt bedeutet für tausende von gebrechlichen und auf Hilfe angewiesene Menschen – junge wie alte – die Isolation, Abgeschiedenheit von öffentlichen Angeboten, keine Hilfe beim Einkaufen, Begleitung zu Freizeitstätten, zu medizinischer Behandlung, zu Ämtern und Behörden mehr.

In einem Offenen Brief hat sich der Behindertenbeirat des Bezirks Treptow-Köpenick und die Seniorenvertretung des Bezirks an das Jobcenter Treptow-Köpenick

gewandt und in seiner Sitzung am 24. Februar 2015 gegen die angekündigte Null-Auflage von Maßnahmen des sog. zweiten Arbeitsmarktes für die kommende Förderperiode schärfsten Protest erhoben.

2014 hat die BVV Marzahn-Hellersdorf in einer Resolution beschlossen:
„Finanzierung der Mobilitätshilfedienste langfristig sichern“.

Bisher ist nichts passiert, die Teilhabe für schwerbehinderte Menschen spielt in dieser Stadt weiterhin keine beachtenswerte Rolle.

Die Umsetzung der Inklusion in dieser Stadt kostet Geld, aber dafür ist kein Haushaltstitel da, so die Aussage des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. Gefördert wird Segregation (latein. „Ausgrenzung“), wie z.B. Behindertenwerkstätten.

Zum Vergleich, allein der Seniorenwohlfahrt e.V. und der BABB e.V. haben in vier Berliner Bezirken durch Bundesfreiwillige und geförderte Kräfte des Jobcenters 1.450 behinderte Bürger betreut.

Es waren die vielen kleinen Vereine in Berlin, welche diese Aufgabe so umfassend übernommen haben und jetzt diese Mobilitätsprojekte nicht mehr gefördert bekommen oder auch keine Bundesfreiwilligen mehr haben, da das zuständige Bundesministerium ältere Bundesfreiwillige, welche diese Aufgaben übernommen haben, nicht mehr fördert.

Der UNO-Fachausschuss schätzt ein, Deutschland hat sich vor sechs Jahren zwar bereit erklärt, die UN-Konvention innerhalb eines Jahrzehnts umzusetzen, passiert ist wenig, so die aktuelle Einschätzung des UNO-Fachausschusses.

Die Sicherung des Mobilitätshilfedienstes ist für viele schwerbehinderte Menschen in Berlin ein Menschenrecht, der massive Wegfall des Mobilitätsdienstes und damit das Versagen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die Betroffenen stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung dar. Dafür tagen die Verantwortlichen in der Stadt, und insbesondere Sie, Herr Müller, als Regierender Bürgermeister, die volle Verantwortung.